

Anbetracht der Gefahr, die der Kommunismus durch seine erbitterte antireligiöse Propaganda und die durch diese hervorgerufenen Verfolgungen zumal in gewissen Ländern für das Christentum darstellt. Aber er hat — das muß aufs entschiedenste betont werden — die materialistischen und antichristlichen Lehren in ihrer „kapitalistischen“ Form darum nicht freigesprochen. Er würde sie gegebenenfalls mit der gleichen Unerbittlichkeit verurteilen“.

Man hat von Ungarn aus versucht, die französischen (und italienischen) „Fortschrittlichen Christen“ jener Gruppe zu assimilieren, die sich dort „Fortschrittliche Christen“ nennt und in der Tat eine kommunistische Tarnung ist — die ungarische Zeitung „Magyar Nemzet“ hat die Leiter der französischen Gruppe zitiert, als gehörten sie zu den Ihren, und hat sie zugleich mit dem von der Kirche mit dem Interdikt belegten Abbé Boulier zusammengeworfen, was die bewußte Verdrehung der Tatsachen eigentlich schon hinreichend beweist. Dennoch haben gewisse Kreise in Frankreich selbst versucht, diesen Vorgang zum Schaden der Fortschrittlichen Christen auszunutzen. Die vielfältigen Stimmen führender geistlicher Männer Frankreichs zugunsten all jener Christen, die man die „linksgerichteten“ nennt, beweist aber ebenso wie die sofortige Beugung der katholischen Mitglieder der „Union der Fortschrittlichen Christen“ unter das Dekret, daß ihnen dadurch unrecht geschehen ist und daß ihr Anliegen, mögen sie sich auch irren oder zu weit vorwagen, eines der echten der Christenheit und der katholischen Kirche ist.

Wirtschaftliche Wirklichkeiten und soziale Neuordnung

Die 36. Soziale Woche von Frankreich

Es ist die Aufgabe der Sozialen Wochen von Frankreich, die jeweils dringendsten sozialen Probleme unserer Zeit zu studieren und vom Boden der christlichen Wahrheiten aus zu ihrer Lösung beizutragen. Wenn es sich in der sozialen Frage darum handelt, die Gesellschaftsordnung so zu gestalten, daß allen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird — und in der Gegenwart bedeutet das vor allem die Überwindung des Proletariats —, so ist es klar, daß das Problem der Wirtschaftsordnung aufs engste mit dem der Sozialordnung verknüpft ist. Die wirtschaftlichen Verhältnisse stellen eine Wirklichkeit dar, mit der jede soziale Neuordnung rechnen muß. Pläne und Ideologien, die sie nicht in Betracht ziehen, müssen utopisch bleiben. Gerade in den letzten Jahren ist diese Verflechtung immer deutlicher geworden, da sie sich in gewissen weltanschaulichen Verknüpfungen manifestiert: in der Verbindung von Staatstotalitarismus und Planwirtschaft einerseits und Demokratie und freier Wirtschaft andererseits, Verknüpfungen, die jedoch der Wirklichkeit offensichtlich nicht gerecht werden. Man beginnt zu spüren, daß man den wirtschaftlichen Realitäten bei der Lösung sozialer Fragen und der Neugestaltung unserer Welt eine viel größere Aufmerksamkeit schenken muß als bisher. Daher hat denn auch die 36. Soziale Woche Frankreichs, die vom 18. bis 25. Juli dieses Jahres in Lille stattgefunden hat, zum Gegenstand ihrer Untersuchungen die Frage „Wirtschaftliche Wirklichkeiten und sozialer Fortschritt“ gewählt.

DER BRIEF MSGR. MONTINI

Wie alljährlich, so hat auch diesmal der Heilige Vater durch seinen Unterstaatssekretär, Msgr. Montini, zur Eröffnung der Sozialen Woche einen Brief an ihren Leiter geschickt. In diesen Briefen zur Eröffnung der Tagung legt der Heilige Vater jeweils dar, worin die Bedeutung der angekündigten Studien für die Kirche liegt. In dem diesjährigen Schreiben heißt es:

„Das Programm Ihrer demnächst beginnenden Studien erscheint im übrigen durchaus neu. Gewiß haben sich die Sozialen Wochen niemals gleichgültig gegenüber der wirtschaftlichen und selbst der materiellen Seite der Arbeit, der Produktion, der Verteilung der durch sie geschaffenen Reichtümer verhalten. Aber ihrer Bestimmung nach (das besagt schon ihr Name) richteten sich ihre Beobachtungen und ihre Gedanken in erster Linie auf die eigentlich soziale und menschliche Seite der Frage. Heute beweist schon die Formulierung des Themas Ihrer Tagung in Lille: Wirtschaftliche Wirklichkeiten und sozialer Fortschritt, daß Sie im Gegenteil beabsichtigen, den Akzent auf das erste Glied dieser Formel zu setzen. Und gewiß nicht unbegründeterweise, wenn man die außerordentliche Bedeutung, die die Technik zumal unter dem Druck der beiden letzten Kriege gewonnen hat, und die Notwendigkeit einer Richtigstellung und einer besseren Definition des Wirtschaftlichen und Sozialen bedenkt. Lille mit seinen vielfachen hochherzigen Initiativen in der Welt der Industrie wird Ihnen in dieser Hinsicht ein hervorragendes Feld der Erfahrungen bieten. Es ist also nicht gleichgültig, daß die Stimme der Kirche sich durch das Organ von Professoren, Wirtschaftlern und Technikern, die vom Geist des Evangeliums durchdrungen sind, unter der Führung eines hervorragenden Hirten, dessen ungewöhnliche Verdienste zumal auf dem Gebiet der christlichen Soziologie bekannt sind, hören läßt.

Kostbare und entscheidende Beiträge zu einer Lösung bieten Ihnen die Lehräußerungen der Päpste, die diese aktuellen und dringenden Probleme zweifellos in überlegener Weise beleuchten werden. Hat nicht insbesondere Seine Heiligkeit in dem Brief, den sie am 18. Juli 1947 an Sie richtete, die Fragen der Produktion und Verteilung der Güter mit lichtvoller Autorität behandelt, ganz zu schweigen von den Klarstellungen des Jahres 1946 über die Nationalisierungen und die neuesten Erklärungen vor den Unternehmern, wo der Heilige Vater die respektiven Funktionen des öffentlichen und des Privatrechts in der Regelung der Arbeit gegeneinander abgrenzte, wodurch allein sich ein wirtschaftliches Gleichgewicht herstellen läßt, das seinerseits wieder der Träger des sozialen Gleichgewichts ist.

Im übrigen können keine unaufhebbaren Widersprüche zwischen einem in gesunder Weise auf Tatsachen, Statistiken und Wirtschaftsgesetzen beruhenden Realismus und einer Sozialordnung bestehen, die mit Recht mehr Gerechtigkeit und Menschlichkeit ersehnt. Diese beiden Seiten ein und desselben Problems sind komplementär, und man könnte auf sie das Wort des Evangeliums anwenden: man soll das eine tun und das andere nicht lassen. Man hat zuweilen den sozialen Katholiken vorgeworfen, ein Ideal zu erstreben, das zu hoch sei, um erreicht zu werden. Die Soziale Woche von Lille wird beweisen, daß sie nur von den wirklichen und positiven Gegebenheiten ausgehen, auf denen die Kirche ihre Soziallehre aufbaut, die ein ebenso praktisches wie harmonisches Ganzes darstellt.

Die Sorgen um eine Wirtschaft im Dienste des sozialen Fortschritts bewirken, daß sie ebenso weit entfernt sind von einem zügellosen Liberalismus wie von der Tyrannei des atheïstischen Materialismus. Für sie bleibt die Wirtschaft im Dienste des Menschen, seiner Freiheit, seiner christlichen Würde und gleichzeitig im Dienste des Gemeinwohls.

So sehen wir, welches Feld für Studien und Einsatz sich der Sozialen Woche von Lille auftut. Sie wird die großen und gesunden Überlieferungen durchführen, die ihre früheren Tagungen zu Ehren gebracht haben. Die Soziale Woche von Lyon insbesondere, die sich im vorigen Jahr mit den überseeischen Völkern in ihrer Beziehung zur abendländischen Zivilisation befaßte, hat zweifellos einen bemerkenswerten Beitrag zur Erkenntnis von Problemen geliefert, die die Nachkriegszeit überall als besonders ernste aufweist. In dieser Hinsicht ist Seine Heiligkeit Ihnen sehr dankbar für die kindliche Ehrengabe, die Sie ihr in Gestalt des schönen Berichtes über Ihre letztjährigen Arbeiten überreicht haben, und sie beauftragt mich, Ihnen in ihrem Namen zu danken. Indem er Ihnen die Bezeugung seines väterlichen Vertrauens und seiner besten Ermutigungen erneuert, übersendet der Heilige Vater Ihnen sowie allen, die an den demnächstigen Sitzungen in Lille teilnehmen, den Apostolischen Segen“.

DIE EROFFNUNGSREDE M. FLORYS

Wie in jedem Jahr, so wurde auch diesmal die Soziale Woche, die unter dem Protektorat Kardinal Liénarts von Lille stand, durch einen Einführungsvortrag des Leiters der Sozialen Wochen von Frankreich, M. Charles Flory, eröffnet.

Der Zeitpunkt

M. Flory begründete zuerst, warum die Leitung der Sozialen Wochen gerade jetzt den Augenblick für gekommen hielt, das Problem der wirtschaftlichen Realitäten als Grundlage einer sozialen Neuordnung zu untersuchen. Der Grund hierzu ist ein ganz konkreter: Seit Beendigung des Krieges ist heute so viel Zeit vergangen, haben sich so viele Hoffnungen und Pläne für die Neuordnung nach der Befreiung vor der Wirklichkeit als illusorisch erwiesen, hat die Wirklichkeit selber ihr wahres Gesicht so weit enthüllt, daß man nunmehr eben diese Wirklichkeit ins Auge fassen muß. Der Aufschwung der Befreiung hat auch in Frankreich einige tatsächliche Neuerungen in der sozialen Struktur gebracht, die sich heute bewerten lassen, so die Einrichtung der Betriebsräte und eine außerordentliche Erweiterung der Sozialversicherungen und gewisse Nationalisierungen vonseiten des Staates.

Von diesen Neuerungen haben die Arbeiter eine Wendung ihres Loses erwartet.

Aber obwohl die Soziale Woche von Toulouse im Jahr 1945 diese Neuordnungen begrüßte als dem christlichen Geiste entgegenkommend, haben doch die sozialen Katholiken von Anfang an diese Maßnahmen nicht überschätzt, weil sie im Widerspruch mit den tatsächlichen Kräften standen. Die Geldabwertung und die Unsicherheit der Löhne und Preise haben bald darauf auch die innere Unsicherheit des gesamten sozialen Zustandes wieder offenbart. Inzwischen sind verschiedene neue Maßnahmen zur Besserung der Wirtschaftslage und Festigung des Geldes mit einem gewissen Erfolg unternommen worden. Sie

verlangen verschiedene Zwangsmaßnahmen, die zum Teil bei der Bevölkerung auf hartnäckigen Widerstand stoßen. Zwar sieht das Volk die Notwendigkeit der Maßnahmen im ganzen ein, aber jede Gruppe bemüht sich, die Last auf andere Gruppen abzuschieben.

Der Begriff des sozialen Fortschritts

In diesem Moment der Entwicklung nun scheint es nötig, die wirtschaftliche Wirklichkeit genauer zu untersuchen. Das erste, was M. Flory dabei feststellt, ist, daß die wirtschaftlichen Gegebenheiten in weitem Maße etwas Objektives sind, der soziale Fortschritt dagegen ein völlig subjektiver Begriff. „Selbst das Existenzminimum ist mehr eine psychologische als eine physiologische Gegebenheit“. Erst durch den Sozialismus ist das Volk sich seines Elends bewußt geworden.

Man darf den sozialen Fortschritt, so sagt M. Flory, nicht mit materiellem Fortschritt gleichsetzen. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Gerade heute betreffen die Wünsche der Landbevölkerung nicht nur die Bequemlichkeiten und die Freizeit, sondern vor allen Dingen die Vermenschlichung des Lebens auf dem Lande. Ebenso handelt es sich bei dem Aufstieg der Arbeiterklasse auch um den Wunsch nach tieferer Bildung, nach Teilnahme an der Verantwortung, also um die menschliche Würde. Allerdings bildet der materielle Fortschritt die Grundlage dieses sozialen Fortschritts. Unerläßliche Voraussetzungen sind:

Ein steigender Reichtum an materiellen Gütern;
ein gesicherter Genuß dieser Güter und Schutz gegen allgemeine Krisen und das individuelle Risiko von Unfall, Krankheit und Alter;

eine möglichst gerechte Verteilung.

Es erhebt sich nun die Frage, ob wirtschaftlicher Aufstieg sozialen Fortschritt mit sich bringt. In der Vergangenheit ist das zweifellos geschehen. Die Lebenshaltung hat sich ganz allgemein gebessert; die durchschnittliche Lebensdauer hat zugenommen. Zugleich ist allerdings eine Gleichgewichtsstörung in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur eingetreten. Der Fortschritt ist nicht in allen Ländern gleichmäßig vor sich gegangen.

Woher Widerstreit zwischen wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt?

Wenn aber diese beiden Dinge, wirtschaftlicher Fortschritt und sozialer Fortschritt, so eng verbunden sind, so fragt sich M. Flory, wie können sie dann miteinander in Widerstreit geraten? Dieser Widerstreit, so antwortet er, hat zwei Gründe: die menschliche Ungeduld und den Widerstreit der Interessen.

Die menschliche Ungeduld will nicht abwarten, bis neue Verhältnisse den Forderungen der Gerechtigkeit angepaßt sind. Ganz besonders aber ist sie auch schuld daran, daß man aus tatsächlichen Fortschritten einen Mythos macht. So gab und gibt es den Mythos der Wissenschaft, die alle Schwierigkeiten der menschlichen Existenz lösen soll. So gibt es auch den Mythos des sozialen Fortschritts, der vom materiellen Fortschritt das Paradies auf Erden erwartet.

Zu den widerstreitenden Interessen zählt Flory den Kampf zwischen Kapital und Arbeit, den Gegensatz zwischen den Mitarbeitern eines gleichen Unternehmens, den Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Beamten und Verteilern, zwischen Berufstätigen und Rentnern. Hier

muß die öffentliche Macht als Schiedsrichter eingreifen. Doch das Problem liegt darin zu wissen, wo die Grenzen dieses staatlichen Interventionsrechtes sind, die nicht überschritten werden dürfen, ohne die Wirtschaft und mit ihr den sozialen Fortschritt zu gefährden.

Der Katholik und die Wirtschaftsragen

Flory geht dann ein auf die Vorwürfe, die man den Katholiken gemacht hat, sie hätten die sozialen Wirklichkeiten nie genug beachtet. Er gibt das für die Vergangenheit zu; aber seit dem ersten Weltkrieg haben die sozialen Katholiken und besonders die Sozialen Wochen diese Lücke ausgefüllt. Andere Vorwürfe jedoch gehen noch weiter und behaupten, die Haltung der Katholiken sei rein moralistisch und verschließe ihnen daher prinzipiell das Verständnis für die Wirtschaftswissenschaften. Daß das nicht wahr ist, ergibt sich schon daraus, daß die Ergebnisse und Untersuchungen der Sozialen Wochen die Aufmerksamkeit vieler Fachleute erregt haben. Moralistisch ist die Betrachtungsweise der Katholiken nur insofern, als die Wirtschaft in den Bereich des menschlichen Verhaltens fällt und damit die Wirtschaftswissenschaft den Charakter einer Geisteswissenschaft eher als einer Naturwissenschaft hat. Es handelt sich in ihr um ein menschliches Verständnis für die Wirtschaftswissenschaften. Daß das nicht wahr ist, ergibt sich schon daraus, daß die Ergebnisse und Untersuchungen der Sozialen Wochen die Aufmerksamkeit vieler Fachleute erregt haben. Moralistisch ist die Betrachtungsweise der Katholiken nur insofern, als die Wirtschaft in den Bereich des menschlichen Verhaltens fällt und damit die Wirtschaftswissenschaft den Charakter einer Geisteswissenschaft eher als einer Naturwissenschaft hat. Es handelt sich in ihr um ein menschliches Verhalten, in dem man nicht ungestraft die moralische Seite außer Acht lassen kann.

Der Christ wird also immer seinem Leitsatz treu bleiben, daß auch die Wirtschaft im Dienste des Menschen steht. Der technische Fortschritt hat zugleich die Möglichkeiten einer Befreiung und die Gefahr einer Verknechtung gebracht. Ein immer größerer Teil der menschlichen Bemühungen muß sich auf das geistige und sittliche Wachstum richten. Der Marxist verurteilt jede Schöpfung ohne greifbaren Nutzen. Der Aufstieg der Arbeiterklasse im Sinn der katholischen Arbeiter jedoch bedeutet eine Wandlung der Lebens- und Berufsatmosphäre als solcher. Der Lohnempfänger soll Mitarbeiter werden. Dem stehen von beiden Seiten große Schwierigkeiten entgegen; aber diese müssen sowohl von den Arbeitnehmern wie von den Arbeitgebern überwunden werden.

„Wir wählen die Freiheit und die wahre Berufung des Menschen und lehnen die totalitären Maßnahmen des Zwanges, die administrative Schwerfälligkeit und die Passivität der Bürokratie ab. Die einzige menschenwürdige Methode ist die Freiheit. Im übrigen sind Planwirtschaft und Freiheit miteinander zu versöhnen. Dank des neuen technischen Fortschritts ist es im allgemeinen möglich, die Einzelinteressen mit dem Allgemeininteresse in Übereinstimmung zu bringen und die wirtschaftliche Betätigung zu lenken, ohne zu Zwangsmaßnahmen greifen zu müssen“.

DIE VORTRÄGE

Dem Thema und Geist der diesjährigen Fragestellung entsprechend war eine Reihe von Vorträgen der Tagung dem

reinen Sachbericht vorbehalten. Wenn man sich auch in erster Linie an die französischen Verhältnisse als Grundlage zur Diskussion des Problems hielt (so in den Vorträgen von *Louis Charvet* über „Die französischen Schwierigkeiten“, von *Pierre Bayard* über „Die Stabilität des Geldes“, von *Georges Vedel* über „Die Umwandlung der politischen und administrativen Strukturen“, von *M. Paurault* über den „Französischen Plan zur Modernisierung und Ausrüstung der Betriebe“, von *Henri Ardant* über „Die Wirtschaftskrisen“, von *M. Babinet* über „Die neuen Formeln für den Lohn und die Verteilung des Gewinns“, von *Henri Guillon* über „Die Verteilung des Nationalvermögens“), so waren doch zum erstenmal als Vortragende bei einer Sozialen Woche von Frankreich auch Ausländer eingeladen. Es sprach *D.-H. Lévesque* OP, Quebec (Kanada), über die amerikanischen Erfahrungen, *Michael Fogarty*, Oxford, über die Erfahrungen Englands. Die sowjetischen Wirtschaftsexperimente wurden dargelegt von einem Franzosen, *M. Chardonnet*. Er konnte seine Darlegungen in der Feststellung zusammenfassen, daß es dem sowjetischen Wirtschaftsregime nicht gelungen ist, die klassenlose Gesellschaft zu schaffen, die der Kommunismus als sein Ziel ansieht. Es ist ihm auch nicht gelungen, den anerkanntermaßen unzureichenden Lebensstandard, den Mangel an Verbrauchsgütern, das Fehlen ausreichender Wohnungen zu beheben. Der Grund dafür besteht darin, daß Sowjetrußland die soziale Frage völlig der wirtschaftlichen unterordnet und das Ziel des Sozialismus, das menschliche Glück, einer ferneren Zukunft vorbehält.

Als neue Einrichtung im Laufe einer Tagung der Sozialen Wochen fanden einige Informationssitzungen statt, d. h. Sitzungen, in denen nicht ein großer Vortrag gehalten, sondern eine Reihe von Detailberichten vorgelegt wurden. Die Themen dieser Informationssitzungen waren: die ersten Ergebnisse beim Wohnungsbau, die Erfahrungen mit den Betriebsräten, die Kooperation und Gemeinschaftswirtschaft auf dem Lande.

Eine Sitzung beschäftigte sich auch mit Gewerkschaftsfragen. Der Vortragende, *Maurice Bouladoux*, der Generalsekretär der CFTC, sagte, die Arbeiterschaft, die nach der Befreiung große Hoffnungen auf einen baldigen glücklichen Wandel ihrer Lage gehegt habe, habe heute nicht mehr das gleiche Vertrauen. Anfangs habe sich zwar manches gebessert, heute erhebe jedoch der Kapitalismus und der Wirtschaftsliberalismus wieder von neuem stärker denn je ihr Haupt, und der Staat verzichte zu ihren Gunsten auf seinen Einfluß bei der Produktion und Verteilung der Güter. Eben darum werde die Rolle der Gewerkschaften immer noch ihre Bedeutung behalten.

Grundsätzliche Fragen

Neben allen diesen Bemühungen um Unterbreitung eines möglichst reichen Tatsachenmaterials stand dann eine Reihe von Vorträgen mit prinzipiellen Themen. Gleich am ersten Tag hielt *M. Goetz-Girey* einen Vortrag über die Frage: „Hat der wirtschaftliche Aufstieg einen sozialen Fortschritt mit sich gebracht?“ Die Tatsache eines wirtschaftlichen Aufstiegs ist unleugbar, aber wenn auch gewisse soziale Verhältnisse sich gebessert haben, so hat sich doch gleichzeitig eine merkwürdige Verknechtung eingestellt, und diesem Vorgang gegenüber behält weder der Optimismus des Liberalismus noch der Pessimismus des Materialismus noch die Mischung von beiden, die den

Marxismus kennzeichnet, recht. Tatsächlich hat der wirtschaftliche Aufstieg eine Menge ganz neuer Probleme aufgeworfen. So stellt der Umfang der Arbeitslosigkeit, der für den gegenwärtigen Wirtschaftsstand charakteristisch ist, vor eine Frage, die bisher nicht hat gelöst werden können, wenn man nicht den Krieg oder den Verlust der menschlichen Freiheit als eine Lösung ansehen will. Das Proletariat wird durch den wirtschaftlichen Fortschritt nicht beseitigt, denn dieser allein genügt nicht. Er bedarf der Ergänzung durch die Liebe, doch auch durch die Gabe der Erfindung und Unterscheidung und durch ein System sozialer Sicherheiten.

Eine andere prinzipielle Frage ist die, die *Maurice Bye* behandelt hat, nämlich „die wirtschaftliche Macht“. Da die wirtschaftlichen Gruppen in einem Widerstreit der Interessen leben, kann der Staat heute nicht rein politisch bleiben und die Wirtschaft sich selber überlassen. Er muß eingreifen und sich einen Teil oder das Ganze der wirtschaftlichen Macht aneignen. Tut er das jedoch, so wird damit zugleich der Zustand selber geändert, denn nun bemühen die wirtschaftlichen Gruppen sich, Einfluß auf den Staat zu gewinnen. Der Staat muß sich gegen sie verteidigen. Er kann das tun, indem er politische und wirtschaftliche Macht vereint. Das ist die kollektivistische Lösung, aber sie ist unvereinbar mit der Wahrung der wesentlichen Freiheiten. Es gibt eine Reihe von Mischlösungen: den Etatismus, den autoritären Korporativismus, die Verbeamtung der wirtschaftlichen Verwaltung. Diese alle verwirft aber *Bye*, weil der mit ihnen verbundene bürokratische Apparat jeder wahren Demokratie widerspricht. Er schlägt als Lösung die Übernahme einer gewissen wirtschaftlichen Macht durch den Staat vor, der aber einen Teil dieser Macht einem der politischen Exekutive gegenüber unabhängigen Apparat anvertraut. Schließlich und endlich jedoch, so sagt *M. Bye*, hängt alles vom moralischen Wert der Männer ab, die mit der wirtschaftlichen Macht ausgerüstet sind. Es handelt sich also um ein moralisches Problem. Und dieses zu lösen ist hauptsächlich eine Aufgabe der Erziehung.

Ein grundlegendes Thema behandelte auch *André Piettre*, nämlich „Die menschlichen Zwecke der Wirtschaft“. Er stellte fest, daß eines der merkwürdigsten Paradoxe der modernen Welt darin besteht, daß ihre Mittel immer zahlreicher werden, ihre Ziele aber immer weniger an Zahl. Positivismus und Liberalismus setzen sich überhaupt keine Endziele. Durch den wirtschaftlichen Liberalismus, dessen Ziel die immer größere Steigerung der materiellen Güter ist, hat sich der Begriff des „Gutes“ überhaupt pervertiert; die Unordnung in der Erzeugung von Gütern ist nur eine Folge der Unordnung in der Bewertung der Güter. Das Unmenschliche der heutigen Wirtschaft kennzeichnet sich geradezu durch ihre Tendenz, die Bedürfnisse nach Behagen und Wohlstand zu befriedigen auf Kosten der wesentlichsten Güter, der geistigen und kulturellen.

Zur Überwindung dieser Unordnung sind drei Wege versucht worden: der der *Caritas*, der persönlichen Nächstenliebe, der aber dem heutigen organisatorischen Zustand der Gesellschaft nicht mehr entspricht; der der „Abschöpfung“, die durch die Steuern geschieht, der jedoch den großen Nachteil hat, daß er die Folgen zu beseitigen sucht, ohne die Ursachen zu bekämpfen; der des Sozialismus, der die ganze Wirtschaft umgestalten will und der auch tatsächlich ein echter Humanismus ist, jedoch ein einseitiger Humanismus. Diesen muß die christliche Lösung ergänzen.

Grundsätzlich war auch der Vortrag von *Gaston Leduc*

über „Die Rolle des Determinismus und der Organisation in der Wirtschaft“. Es ist heute klar, sagt er, daß das Wirtschaftsleben beide Faktoren umschließt, einen deterministischen und einen freien. Heute handelt es sich darum festzusetzen, welche Absichten den Aufbau einer Wirtschaft lenken sollen. Es kommt also auf eine harmonische Zusammenfügung der zwangsläufigen und der lenkbaren Elemente der Wirtschaft an und dabei wiederum um die Ausrichtung nach einem echten und wahren Menschenbild.

DIE TAGUNG VON LILLE UND DAS KOMMUNISMUS-DEKRET

Es ist selbstverständlich, daß eine Tagung wie die der Sozialen Wochen von Frankreich sich in diesem Augenblick mit dem Dekret der Heiligen Offizien-Kongregation gegen den Kommunismus befassen muß. Die französischen Katholiken, die sich um die soziale Frage, um die immer dringender werdende gesellschaftliche Neuordnung Frankreichs und damit der ganzen abendländischen Welt bemühen, gehören eben dadurch zu den wichtigsten Vorkämpfern der Lösung der Kirche und der Christenheit aus der engen Verbindung mit der zu Ende gehenden bürgerlichen Welt und deren krasserster Ausdrucksform in der Gegenwart, dem Kapitalismus. Sie haben schon lange den Lösungsversuchen der Sozialisten und auch der Kommunisten auf sozialem Gebiet ein lebhaftes Interesse entgegengebracht, sie studiert und sich von ihnen anregen lassen. Sie sind eben darum von den traditionsgebundenen Schichten immer wieder angegriffen und verdächtigt worden.

Diese traditionsgebundenen Schichten versuchen nun natürlich, das Kommunismusdekret zu ihren Gunsten auszunutzen. Sie versuchen, es so darzustellen, als ob die gesamte fortschrittliche Gruppe der französischen Christen mehr oder weniger von diesem Dekret betroffen sei und nun ihre Tätigkeit einstellen oder ihre Richtung ändern müsse. Einige der bekanntesten Redner der Tagung in Lille haben hiergegen protestiert, das Kommunismus-Dekret kommentiert und die Stellung der sozialen Katholiken (und mit ihnen zugleich auch die der so umstrittenen Gruppe der „Union der Fortschrittlichen Christen“ (vgl. S. 566) verteidigt.

So hat *P. Bigo* von der „Action Populaire“ in seinem Vortrag „Wirtschaftsstruktur und soziale Ordnung“ im Hinblick auf das Dekret des Heiligen Offiziums unterstrichen, daß die Kirche den Materialismus und Atheismus des Kommunismus, jedoch nicht seine Auflehnung gegen eine ungerechte Sozialordnung verurteile. Das muß man dem Volk sagen; man muß ihm sagen, daß die Kirche alle ihre Kraft einsetzt, um die Errichtung einer menschenwürdigen Ordnung zu fördern.

In seinem Vortrag legt er dann dar, daß die menschenwürdige Sozialordnung, wie die Kirche sie erstrebt, ebenso weit von der des Kapitalismus wie von der des Kommunismus entfernt sei. Der Kapitalismus ist blind vor den furchtbaren Ungleichheiten des sozialen Lebens. Auch er ist ein Materialismus. Wenn sich jedoch gegen die anarchische Form des Materialismus, die der Kapitalismus darstellt, der Kollektivismus erhebt, so ist dies nur eine andere, eine totalitäre Form des Materialismus. Jedoch zeigt sich heute eine gewisse Entwicklung auf beiden Seiten im Hinblick auf das Eigentum. Auf der kapitalistischen Seite wird es mehr und mehr sozialisiert; auf der

marxistischen Seite beginnt es, sich zu individualisieren. Diese Entwicklung kommt den Gedanken der kirchlichen Soziallehre entgegen. Wenn aber diese Entwicklung zu einem guten Ende führen soll, so muß sie von neuen Menschen getragen werden. Hier ist die Stelle, wo die christlichen Laien sich einsetzen müssen.

Die größte Bedeutung hatte für dieses Problem der Vortrag von P. Riquet, der „Die neuesten Entscheidungen Roms“ zum Thema hatte. Er beginnt mit der Klage, daß „die jüngsten Entscheidungen Roms in Bezug auf die Christen, die in den Reihen des Kommunismus stehen, wieder einmal zwei betrübliche Haltungen unserer menschlichen Natur ans Licht gebracht haben: die Unaufrichtigkeit in der sittlichen Entrüstung einerseits und die käufliche, also niedrig materialistische Ausnutzung der christlichen Spiritualität andererseits“. Niemand hätte sich doch wundern dürfen, daß die Kirche sich weigert, einer Propaganda und Aktion die Hand zu reichen, die auf das Verschwinden des Christentums hinarbeitet, wie es der Marxismus tut. Aber es ist traurig, daß einige nun deshalb, weil die Kirche sich energisch dem Erfolg einer entchristlichten Doktrin entgegenstellt, daraus triumphierend schließen, die Kirche verurteile damit zugleich auch jede soziale und politische Tätigkeit, die sie mit der des Kommunismus auf eine Stufe stellen. Weil die Kommunisten z. B. die Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Regimes kritisieren, geben nun die Anhänger dieses Régimes vor, die Kirche habe jede Kritik an ihrem System verurteilt. Weil die Kommunisten so tun, als hätten sie das Monopol für den Kampf um Frieden und Freiheit gegen Faschismus und Krieg, suchen sie nun jeden Christen zu diskreditieren, der die Organisationen für den Frieden fördert und die totalitären Diktaturen bekämpft. So sind also die sogenannten „sozialen Christen“ von beiden Seiten angegriffen.

Jene Christen, die glauben, die sozialen Christen mit theologischen, asketischen oder mystischen Argumenten verurteilen zu dürfen, tun letzten Endes nichts anderes, als eine Kirche wünschen wie die des Patriarchen Alexis, deren wichtigstes Merkmal nach seiner eigenen Aussage ihre Passivität ist. „Sie kennt keine andere christliche Haltung, sie mischt sich nicht in die Staatsangelegenheiten ein, urteilt nicht und begnügt sich damit zu tragen. Tut der Staat etwas, was ihr mißfällt, so reagiert sie nicht etwa durch eine Gegenwirkung, sondern sie nimmt es auf sich, und wenn es nötig ist, leidet sie“. Das ist aber nicht die Haltung der katholischen Kirche. Der Katholik ist eben gerade deshalb sozial, weil er Christ ist. Gerade dadurch, daß er sich um die Not seiner Mitmenschen kümmert, bleibt er dem ursprünglichen Evangelium treu.

DER SCHLUSSVORTRAG VON MSGR. DE SOLAGES

Msgr. de Solages, der Leiter des Katholischen Instituts von Toulouse, hat in einer Schlußansprache noch einmal den Sinn der Tagung von Lille zusammengefaßt. Er hat noch einmal betont, daß die Wirtschaftsprobleme auf einer Tagung der Sozialen Wochen von Frankreich eben darum einen so breiten Raum einnehmen können, weil die soziale Gerechtigkeit so eng mit wirtschaftlichen Problemen verknüpft ist. Trotzdem hätte diese Beschäftigung mit den Wirtschaftsfragen keinen Sinn, wenn man nicht glaubte, daß sich das Wirtschaftsgefüge beeinflussen ließe. Eben das aber kann man, indem man entweder die Struktur

selber ändert oder in ihren Ablauf eingreift. Wenn der Christ dies zu tun beabsichtigt, so darum, weil auch die Wirtschaftsordnung dazu beitragen soll, dem Reich Gottes auf dieser Erde vorzuarbeiten. Diese Einflußnahme bedeutet, daß er der Wirtschaft eine Richtung geben will, die sich jedoch nicht nach dem Gewinn, sondern nach dem Gemeinwohl richtet. Eine solche Ausrichtung und Planung wird in den Händen des Staats liegen müssen; dieser selbst aber soll eine wahre Demokratie sein, in der die leitenden Männer vom Volk bestimmt sind. Die Wirklichkeit ist ein äußerst komplexes Gebilde mit vielen widerstreitenden Kräften, in dem nichts zu einem guten Ziel geführt werden kann, wenn der gute Wille fehlt. Soll es also eine menschliche Wirtschaftsordnung geben, so muß es vor allen Dingen gute Menschen geben.

SCHLUSSFOLGERUNGEN DER SOZIALEN WOCHEN

Wie alljährlich, so ist auch diesmal wieder am Schluß der Tagung der Sozialen Wochen von Frankreich in Lille eine Erklärung abgegeben worden, die folgenden Wortlaut hat:

Der soziale Fortschritt, den die Sozialen Wochen von Frankreich zu definieren und zu verwirklichen suchen, scheint häufig auf wirtschaftliche Unmöglichkeiten zu stoßen. Darum haben Vortragende und Hörer sich bei der gegenwärtigen Tagung in Lille mit diesem Problem beschäftigt unter dem Titel: „Wirtschaftliche Wirklichkeiten und sozialer Fortschritt“.

Nach dem üblichen Rundblick haben sie sich besser Rechenschaft geben können über das Maß, in dem der wirtschaftliche Aufstieg seit ungefähr zwei Jahrhunderten dem sozialen Fortschritt gedient hat, konnten sie eine Lehre ziehen aus den charakteristischsten sowjetischen, amerikanischen und europäischen Erfahrungen und das französische Drama der letzten Jahre, das durch wirtschaftlichen Rückgang und soziale Spannungen charakterisiert ist, scharf beleuchten.

Die Sozialen Wochen von Frankreich haben aufs Neue betont, daß, wenn es den Wirtschaftswissenschaften zusteht, die wirtschaftlichen Gegebenheiten mit der denkbar größten Genauigkeit zu erfassen, nur im Lichte der christlichen Offenbarung ihr Endziel bestimmt werden kann.

1. Die Wirtschaft muß im Dienste des Menschen stehen. Die berechnete und unerläßliche Entwicklung der Produktion muß dem Gemeinwohl dienen, d. h. der Produzierende darf nicht der Produktion geopfert werden, sondern allen muß ein Minimum von Wohlstand gesichert und die Entfaltung der Persönlichkeit und die Verwirklichung der selbstlosen Ziele der Zivilisation, die den besten Teil des sozialen Fortschritts darstellen, müssen gefördert werden.
2. Diese Ausrichtung der Wirtschaft auf die menschlichen Ziele ist möglich; denn wenn es im Bereich der Wirtschaft etwas „Gegebenes“ gibt, das nicht von uns abhängt, so gibt es auch etwas „Konstruiertes“, das das Werk der Freiheit des Menschen ist, der das Gegebene zu seinen Zwecken benutzt. In der Tat kann der Mensch in erster Linie schon einmal die Generalstruktur der Wirtschaft bestimmen, die er betreiben will; er kann dann weiter durch nachträgliche Eingriffe in einem gewissen Maße den Gang des wirtschaftlichen Regimes modifizieren.
3. Was uns anbetrifft, so verwerfen wir einen gewissen Eigentumsbegriff, der das Wohl der Kollektivität und das

der Arbeiter der Willkür eines ausschließlich auf den Profit gerichteten Kapitalismus unterordnet; aber wir verwerfen ebenso eine Wirtschaftsform, von der die wesentlichen Freiheiten des Menschen, ohne die es kein echtes menschenwürdiges Leben mehr gäbe, ausgeschlossen wären. Wir bemühen uns, eine Wirtschaftsordnung zu bestimmen und zu verwirklichen, die die wirtschaftliche Betätigung in organische Körperschaften zusammenfassen und sie auf das Gemeinwohl ausrichten, ihr aber zugleich einen möglichst großen und übrigens je nach den Sektoren verschiedenen Spielraum der Initiative und Verantwortung bewahren soll.

4. Diese ordnende Ausrichtung der Tätigkeiten kann nicht den Machenschaften von Gruppen überlassen werden, die sich um das Gemeinwohl nicht kümmern, sondern sie setzt die Existenz einer autonomen wirtschaftlichen Funktion des Staates voraus, einer Funktion, die Männern anvertraut werden müßte, die auf Grund ihrer Zuständigkeit, ihrer Unabhängigkeit und ihres Charakters ausgewählt werden müßten und die Aufgabe hätten, im Rahmen der Gesetze unter der Aufsicht der Regierung und unter Mitwirkung der Fachorganisationen die Bemühungen auszurichten, die tatsächlichen Vorgänge zu kontrollieren und bei Konflikten als Schiedsrichter zu wirken.

5. Es muß hinzugefügt werden, daß diese nationale Wirtschaftsordnung, deren Ziel die Wohlfahrt eines Volkes ist, nur im Rahmen einer internationalen Wirtschaftsordnung vorgestellt werden kann, die ihrerseits wieder auf das Wohl der ganzen Menschheit gerichtet ist. Da diese internationale Ordnung offenbar nicht auf einen Schlag nach einem Gesamtplan hergestellt werden kann, muß man in Etappen vorgehen, in erster Linie durch regionalen Zusammenschluß, der auch allein im Stande sein würde, den Standard des europäischen Lebens zu heben.

6. Der Staat ist gegenwärtig für eine solche Aufgabe, die er sich infolge der Umstände ungeschickterweise angeeignet hat, nicht befähigt. Es scheint daher heute notwendig, seine politischen und administrativen Strukturen umzugestalten, um ihn dazu fähig zu machen. Diese neue Organisation muß einen entschlossenen Einsatz zugunsten eines bestimmten Planes, die Schaffung eines Corps von Beamten und Wirtschaftstechnikern und die Erhaltung der Autonomie der Unternehmen ermöglichen.

7. Um die Wirtschaftstätigkeit in einem günstigen Sinn zu lenken, ist in der Tat am Ausgangspunkt die Wahl eines Produktionsplanes notwendig, der die wechselseitige Abhängigkeit des wirtschaftlichen und des sozialen Bereiches betont, und dieser muß von Spezialisten der Wirtschaftsfragen unter Leitung der Regierung nach Beratung mit den verschiedenen Fachorganisationen aus-

gearbeitet und durch das Parlament und gegebenenfalls durch das Land gebilligt werden.

8. Dieser Plan muß von Zeit zu Zeit überprüft werden, um den schwer voraussehbaren Schwankungen der Wirtschaftskonjunktur und den notwendigen Maßnahmen zur Vermeidung von Wirtschaftskrisen Rechnung zu tragen, um diese zu mildern oder wenigstens ihre Folgen abzuschwächen, sodaß die Existenz und Würde der Arbeiter während dieser Krisen, wenn es nicht geglückt ist, sie zu vermeiden, erhalten bleiben; aber wenn dieser Plan nicht jede Wirksamkeit verlieren soll, darf er nicht ständig wieder umgestoßen werden.

9. Eine der notwendigen Vorbedingungen einer Wirtschaftsordnung, deren Entwicklungsrhythmus im Einklang mit dem ziemlich regelmäßigen Rhythmus des menschlichen Lebens bleiben soll, ist die Stabilität des Geldes. Da das Geld das Mittel der Bewertung, das Mittel der Ersparnisse und das Mittel der Vorsorge sowohl für die Gesellschaft wie für den Einzelnen ist, schafft ein unsicheres Geld eine unsichere Welt, die die innerste Ehrenhaftigkeit der menschlichen Beziehungen gefährdet.

10. Da im Rahmen einer auf diese Weise durch bestimmte Einrichtungen gelenkten und auf das Gesamtwohl gerichteten Wirtschaft das Spiel der Freiheit nicht ausreicht, um automatisch eine hinreichend gerechte Verteilung und insbesondere die Errichtung eines wirklichen Heimes für jede Familie zu sichern, müssen die verschiedenen Verteilungstechniken ins Spiel gesetzt werden, über die eine solche Wirtschaftsform verfügt: Lohnstufung, Steuerverteilung, Sozialversicherungen.

11. In diesem Wirtschaftsleben der Nation fällt den Arbeitern eine wesentliche Rolle zu. Es liegt im Interesse aller, daß sie — und erst recht die leitenden Männer ihrer Gewerkschaften und anderen Fachorganisationen — einerseits eine wirtschaftliche Ausbildung erhalten, die sie in möglichst großem Umfang mit den Verpflichtungen und Schwierigkeiten der Wirtschaftsfragen bekannt macht, und daß sie andererseits instand gesetzt werden, in möglichst großem Umfang auf den verschiedenen Stufen der Wirtschaftsorganisation ihre Bedürfnisse und Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen. Es ist schließlich notwendig, daß sie in größtmöglichem Maße am Eigentum ihrer Produktionsmittel beteiligt werden.

12. Dies sind grundlegende Notwendigkeiten für die Errichtung einer Wirtschaftsdemokratie, d. h. einer auf das Wohl des Volkes gerichteten Wirtschaftsordnung unter der Kontrolle des Volkes, einer Wirtschaftsdemokratie, ohne die es, zum mindesten in unserer Zeit, keine wahre Demokratie, und das bedeutet letzten Endes: keine wirkliche Achtung vor der Freiheit geben kann.